



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

CO₂-Abgabe für Heizen von Gebäuden komplett aussetzen Bürgerinnen und Bürger entlasten und Investitionen ermöglichen

Berlin, 23.09.2022 Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert die komplette Aussetzung der CO₂-Abgabe auf fossile Wärmeenergie für Gebäude, anlässlich der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten im Bundestag.

„Durch die hohen Energiekosten stehen viele Unternehmen und Vermieter finanziell mit dem Rücken zur Wand. Das Aussetzen der CO₂-Abgabe entlastet die Bürgerinnen und Bürger erheblich, einfach und sofort um rund 1 Milliarde Euro“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

Aussetzen der CO₂-Bepreisung auf Wärmeenergie für Gebäude

„In der aktuellen Situation plädieren wir für die Aussetzung der CO₂-Bepreisung für fossile Wärmeenergie für Gebäude. Durch die hohen Gaspreise ist Energie bereits so teuer geworden, dass die Lenkungswirkung der zusätzlichen CO₂-Bepreisung für fossile Wärmeenergie keine Wirkung mehr hat. Die Motivationslage ist auch ohne gesetzliche Regelung klar: Wir sparen Energie, wo und wie wir können. Das steht außer Frage“, forderte der BFW-Präsident.

Investitionshemmnis CO₂-Abgabe

„Höhere Kosten durch die CO₂-Bepreisung reduzieren die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Immobilieneigentümern und wirken sich so in vielen Fällen als Investitionshemmnis aus. Leistungsfähige Immobilieneigentümer haben bereits umfassend in Energieeffizienz investiert. Begrenzt leistungsfähige Immobilieneigentümer konnten nicht in einem für die Klimaschutzziele relevanten Umfang investieren. Höhere Kosten durch die CO₂-Bepreisung verstärken diese Situation und verringern damit die Investitionsbereitschaft weiter“, so Salewski.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.